

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : Herbst in Deutschland - Tagebuch einer Vortragsreise durch Brandenburg

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Herbst in Deutschland – Tagebuch einer Vortragsreise durch Brandenburg

Vom 7. bis 14. Oktober 1992 hatte ich die Gelegenheit, das ostdeutsche Land Brandenburg zu besuchen. Ich folgte der Einladung des Brandenburgischen Kulturbundes e.V. zu einer Vortragsreise über Fragen der «Neuen Weltordnung» und der «Direkten Demokratie». Mein Tagebuch versucht, die Zeichen dieser kurzen, aber bewegenden Zeit in der ehemaligen DDR zu verstehen.
W.Sp.

Mittwoch, 7. Oktober

Nur achtzig Minuten dauert der Flug von Zürich-Kloten nach Berlin-Tegel. Der Blick durchs Fenster fällt auf die immer gleiche undurchdringliche Wolkendecke. Ich nehme die heutige NZZ zur Hand und lese darin das Referat, das der Schriftsteller Peter Bichsel an einer Pressekonferenz des linken Komitees für den EWR-Beitritt der Schweiz gehalten hat. Einerseits freue ich mich, dass Bichsel fürs «Dazugehören» plädiert. Andererseits habe ich Mühe mit seiner Ablehnung jeder «emotionalen Europafähigkeit». Warum soll Europa für uns nichts weiter als dieses gigantische Wachstumsprojekt, genannt EWR, bleiben? Mehr noch stören mich Pauschalurteile wie: «Die Welschen und die Tessiner verstehen sich gut mit ihren europäischen Nachbarn. Aber wir lieben die Deutschen nicht.» Wer sind «wir» und wer «die Deutschen»? Wer so verallgemeinert, betreibt doch schon den Ethnozentrismus, den wir überwinden müssen, und sei es durch dieses eher fragwürdige EWR-Projekt. Ich fliege ihnen gerne entgegen, «den Deutschen», die mich zu einer Vortragsreise im «neuen Bundesland» Brandenburg eingeladen haben.

Die Swissair landet kurz vor 16 Uhr in Berlin-Tegel. Ich werde von der Landesgeschäftsführerin des Brandenburgischen Kulturbundes, Carla Villwock, abgeholt. Sie fährt mich nach Potsdam, der ersten Station meiner Reise. Unterwegs erzählt sie von der Lesetour mit meinem «Vorgänger» Adolf Muschg, der im vergangenen September Gast des Kulturbundes war. Anders als

Muschg halte ich aber keine Lesungen, sondern Vorträge zu politischen Fragen. Angekündigt sind fünf Abende zu den Themen «Neue Weltordnung» und «Demokratie von unten». Angeboten hatte ich auch ein Referat über «Religiösen Sozialismus», das aber niemanden zu interessieren schien. Hängt das damit zusammen, dass der Kulturbund in der ehemaligen DDR vor allem kirchenfreie und areligiöse Leute vereinigte, die hier ähnliche Freiräume fanden wie die Christinnen und Christen in den Kirchen?

Im Haus von Friedrich Wolf

In Potsdam beziehe ich mein Zimmer in einer Pension am Luftschiffhafen. So heisst der Ort, von dem aus Graf Zepellin nach der Jahrhundertwende seine Luftschiffe aufsteigen liess. Es geht bald weiter im Wagen von Frau Villwock nach Lehnitz, einer bezaubernden Gartenstadt, die sich uns aber nur noch im Mondlicht zeigt. Ich soll hier zum Thema «Neue Weltordnung» sprechen.

Das Haus, in dem der Vortrag stattfindet, birgt eine Überraschung. Es ist die Gedenkstätte für Friedrich Wolf, den bekannten Naturarzt und bedeutenden Autor zahlreicher Romane, Dramen und Kinderbücher. Die Familie hat das Haus schon zu DDR-Zeiten an die Akademie der Künste in Berlin übertragen. Trotzdem gelten die Eigentumsverhältnisse heute als «nicht geklärt» – wie immer, wenn eine kulturelle Institution den jetzt Herrschenden nicht genehm ist. Schon an diesem ersten Tag habe ich den Eindruck von einem *neuen Nachkriegsdeutschland*, in dem die Sieger des Kalten Krieges alles

austilgen wollen, was noch an die DDR-Gesellschaft erinnern könnte. Es genügt, bestehende Eigentumsstrukturen zu zerstören und die Menschen mitsamt ihrer Kultur dem totalen Markt zu überlassen. Dieser betreibt dann den antisozialistischen Exorzismus wie von selbst.

Emmi Wolf, die Schwiegertochter von Friedrich Wolf, führt mich durch das grossbürgerliche Haus, das noch möbliert ist wie zu Lebzeiten seines Besitzers. In einem der Schlafzimmer entdecke ich ein Jugendfoto von *Markus Wolf*, dem späteren Chef des Geheimdienstes der DDR. Das Schicksal dieses Sohnes von Friedrich Wolf geht mir nahe. Ende der 80er Jahre wollte er «Pestroika» auch in der DDR verwirklichen. Das Buch «Die Troika» sollte dazu die programmatische Grundlage bieten. Die Wiedervereinigung hätte sich dadurch zwar nicht aufhalten lassen. Aber vielleicht wäre daraus mehr als ein blosser «Anschluss» geworden. Eine demokratische sozialistische Republik hätte Erhaltenswertes mit Selbstbewusstsein verteidigt. Der Einigungsvertrag wäre kein Unterwerfungsvertrag geworden, Deutschland auf der Grundlage einer neuen, demokratisch legitimierten Verfassung zusammengewachsen.

Nun wird Markus Wolf der Prozess gemacht für Verbrechen, die westliche Geheimdienste auch begehen und die in seinem Fall nur darin bestehen, dass sie nicht unter formaldemokratischer Tarnkappe begangen wurden. Ich lehne Geheimdienste grundsätzlich ab und mache gerade darum keinen Unterschied zwischen den «guten» der «freien Welt» und den «schlechten» im ehemaligen «Reich des Bösen». Mich empört jedoch, dass hier weder rechtlich zuständige Instanzen noch gar moralische Autoritäten richten, sondern ganz einfach die Sieger, die kein Recht haben, recht zu haben. Das Leben des Markus Wolf, das ohne die Biographie seines Vaters, des von Hitlerdeutschland verfolgten jüdischen Grossbürgers mit sozialistischer Überzeugung, nicht zu verstehen ist, wird nicht Gegenstand des Prozesses sein. Es unter «mildernde Umstände» zu subsumieren, wäre auch eine Beleidigung des Hauses, in dem ich mich befinde. Dies alles geht mir bei der Besichtigung durch den Kopf. Aussprechen kann ich es nicht. Markus Wolf ist kein Thema am heutigen Abend.

«Neue Weltordnung» mit sozialistischem «Wärmestrom»?

Mein Vortrag beginnt in angenehmer Klub-Atmosphäre. Ich analysiere die «Neue Weltordnung», die im Grunde eine sehr alte, fünfhundertjährige ist. Was George Bush zu Beginn des Golfkrieges unter diesem Titel proklamiert hat, steht in der imperialistischen Tradition der «*Pax Americana*». Etwas anderes wäre die «Neue Weltordnung», die 1945 in der UNO-Charta verankert wurde. Offen bleibt, welche der beiden Ordnungsvorstellungen sich durchsetzen wird. Es beruhigt mich durchaus nicht, dass die USA an «imperialer Überdehnung» (Paul Kennedy) leiden und die Tage dieser Weltmacht vermutlich gezählt sind. Sollte das Machtzentrum der «Neuen Weltordnung» sich nach Japan oder nach Europa verlagern, wäre dies auch kein Fortschritt. Die Neue Weltordnung, wie sie sein sollte, würde sich überhaupt mit keiner Supermacht vertragen, sondern müsste unter dem Recht stehen.

In der Diskussion beschäftigt mich der Einwand, ich würde zuviel Vertrauen in völkerrechtliche Institutionen setzen. Dass natürlich auch das *Völkerrecht von den Menschen mitbestimmt* werden müsste, dass insbesondere die Neue Weltwirtschaftsordnung nicht dem Diktat von IWF und Weltbank unterliegen dürfte, ist meine Antwort. Die Finanzierungsprogramme sollten mit den Betroffenen selbst ausgehandelt werden und nicht nur mit den Ministerien der «Empfängerländer».

Ein Votant weicht ab vom Thema. Als ehemaliger Offizier der Nationalen Volksarmee will er nur für den Frieden gearbeitet haben. Wären er und seinesgleichen nicht Soldaten für den Frieden gewesen, so hätte es 1989 keine friedliche Wende gegeben. Das ist freilich nur eine Teilwahrheit, und zwar ein recht kleiner Teil der ganzen Wahrheit, zu der auch gehört, dass die damalige sowjetische Führung unter Gorbatschow gegen eine «chinesische Lösung» in der DDR war. In der Runde sehe ich nur betroffene Gesichter. Trotzdem mag ich nicht widersprechen. Die eigentliche Trauerarbeit müssen Opfer und Täter selber leisten. Oft sind sie beides zugleich in ein und derselben Person.

Was denn eigentlich «*Religiöser Sozialismus*» heisse, will ein weiterer Teilnehmer

wissen. Ich spreche über das Hoffnungspotential, das die biblischen Verheissungen für diese Erde bedeuten. «Reich Gottes» sei dann ja wohl dasselbe wie «Reich der Freiheit» im Marxismus, meint der Exoffizier. «Vielleicht», antworte ich, «aber mit noch so schlüssigen Analysen und noch so klugen Strategien kommen wir da nicht hin.» Ein scholastischer Marxismus habe den «Wärmestrom» der konkreten Utopie durch den «Kältestrom» des «wissenschaftlichen» Sozialismus verdrängt. Was uns motiviere, für Gerechtigkeit einzutreten, sei aber weit mehr als «Wissenschaft». «Muss man denn Christ sein, um noch eine sozialistische Hoffnung zu haben?» werde ich gefragt. Natürlich nicht. Ich spreche von der Anfechtung, der auch mein Glaube angesichts der triumphierenden «Neuen Weltordnung» ausgesetzt ist. Wäre Kapitalismus das «Ende der Geschichte», so wäre auch die Heilsgeschichte am Ende. Hoffnung wider alle Hoffnung hat viele Quellen.

Eine Frau, die den ganzen Abend geschwiegen hat, bedankt sich beim Abschied mit den Worten: «Sie machen den Menschen hier neuen Mut. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die weitere Vortragsreise.» Es ist schwierig, sich an die Identität der Zuhörerinnen und Zuhörer heranzutasten. Noch gibt es ein Bedürfnis nach globalen Konzepten, wenn nicht nach Rezepten, aber auch das Gefühl von Befreiung, wenn ich mich weigere, solche anzubieten.

Die Gesellschaft der ehemaligen DDR ist viel *polarisierter*, als der heutige Abend vermuten liesse. Als Frau Villwock in Lehnitz einen Passanten nach dem Weg zur Friedrich Wolf-Gedenkstätte fragte, kam die Antwort: «Es gibt aber bessere Orte in unserer Stadt.» Im Restaurant, das wir mit Emmi Wolf betreten, stecken die Leute die Köpfe zusammen. Einige schauen weg. Wenige nicken uns zu. Einer reicht Frau Wolf die Hand. «Nie hätte ich gedacht, dass ich so etwas noch einmal erleben müsste», sagt Emmi Wolf. Sie meint die Wiederkehr der faschistischen Dämonen in Deutschland. «Nur ja nicht diesen noch einmal in die Hände fallen!» war nach 1945 die Sorge der Kommunistinnen und Kommunisten in der ehemaligen DDR. Das Trauma nationalsozialistischer Verfolgung erklärt die Angst der bis 1989 Herrschenden, die mit ihren

Repressionsmethoden den Sozialismus um seine Glaubwürdigkeit und damit sich selbst um ihre Legitimität brachten.

Donnerstag, 8. Oktober

Am Vormittag führt mich Frau Villwock zu einer weiteren, diesmal welthistorischen Gedenkstätte, dem Schloss Cecilienhof in Potsdam. Einst vom letzten deutschen Kaiser Wilhelm II. für die Kronprinzessin erbaut, beherbergte das Schloss vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 die «Potsdamer Konferenz». Anwesend waren die Grossen Drei: Roosevelt, Stalin und Churchill, der in der Schlussphase durch den neugewählten Labour Premierminister Attlee abgelöst wurde.

Erinnerung an die Potsdamer Konferenz

«Neue Weltordnung» wurde von hier aus auch schon versucht. Nach den Konferenzen von Teheran und Jalta sollte die Ordnung der damaligen Siegermächte endgültig festgeschrieben werden. Auch *Vertreibung* wurde damals sanktioniert, weshalb sie im Völkerrecht noch immer nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gilt – mit all den schlimmen Folgen, unter denen heute die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina leidet. Durch die Schaffung von Besatzungszonen in Deutschland legte «Potsdam» den Grundstein für die spätere *Zweistaatlichkeit*. Die Dreimächtekonferenz beschloss aber auch, «jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda vorzubeugen» und «das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermässigen Konzentration der Wirtschaftskraft». Das ist lange her.

Im Innenhof des Schlosses dominiert auf einem prächtigen Blumenbeet ein aus Geranien und Rosen angelegter fünfzackiger Stern. Meine Begleiterin meint, ich sei vielleicht einer der letzten Besucher, die den *Roten Stern* noch gesehen hätten. Mag schon sein, obgleich es die Grossen Drei waren, die sich vor der Potsdamer Konferenz auf diese Ausstattung des Innenhofs geeinigt hatten. Heute wird ja schliesslich alles «abgewickelt», was «rot» ist. Der Sieger, der mit 20 Millionen Toten den grössten Blutzoll hin-

terlassen musste, steht auf der Verliererseite. Er ist zwar noch hier, aber nur noch auf Abruf. Endzeitstimmung breitet sich aus. Russische Soldaten versilbern heimlich ihre Kalaschnikows. «Damit kannst du Bankraub machen...» Andere suchen Halt in der Religion. Nach dem Besuch des Cecilienhofs spazieren wir zur nahegelegenen Russisch-orthodoxen Kirche. Ein Soldat bekreuzigt sich vor einer Ikone. Das alte Opium oder vielleicht doch eine neue Religiosität? Ich denke an Nikolai Berdjajew (1874-1948), dessen religiös-soziales Schrifttum im heutigen Russland wieder Beachtung findet.

Wir fahren zum *Haus des Brandenburgischen Kulturbundes*. «Haus» ist zu wenig gesagt. Ich komme in eine Villa, die dem Kulturbund noch aus DDR-Zeiten zur Verfügung steht. «Verfügung» ist jedoch zuviel gesagt, denn im Moment befiehlt hier die «Treuhand». Erst muss die «Eigentumsfrage» geklärt werden. Selbst den Pachtzins, den das Italienische Restaurant im Erdgeschoss abwirft, kassiert die Privatisierungs-Agentur mit dem unverfänglichen Namen. Da der Kulturbund das Haus vor 1949 erhalten hat, also vor dem Stichjahr, nach welchem die unglückselige Regelung «Übergabe vor Entschädigung» gilt, ist die Massnahme der «Treuhand» reine Willkür. Ein «Rechtsgutachten» soll nun beweisen, dass der Kulturbund in der DDR nur aus «Zwangsmitgliedern» bestanden habe. Das ist nun auch wieder nicht die ganze Wahrheit, aber es bereitet der «Treuhand» vielleicht den Weg, um ihr Zerstörungswerk weiterzuführen. Die couragierte Landesgeschäftsführerin des Kulturbundes hat grösste Schwierigkeiten, die Verbandstätigkeit zu finanzieren. Für eine Vortragstournee muss sie seitenweise Gesuche schreiben. Es herrscht eine Bürokratie, wie sie zu DDR-Zeiten unvorstellbar gewesen wäre.

«Demokratie von unten – das Beispiel der Schweiz»

Gegen Abend geht's nach Hennigsdorf, einer grösseren Gemeinde von 22 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. «Demokratie von unten - das Beispiel der Schweiz» ist das Thema. Anwesend sind auch zwei sozialdemokratische Kommunalpolitiker, der Bürgermeister und ein Stadtverordneter, der zu-

gleich Beauftragter für Behinderte ist. Ich berichte über die direkte Demokratie in unseren Gemeinden, vor allem über die *Gemeindeversammlung*, die es in Brandenburg nicht gibt. Die Dörfer werden hier mehr oder weniger künstlich zu grösseren Kommunen zusammengefasst, diese durch Parlamente regiert, die ihrerseits den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin wählen. Am Beispiel des Kantons Zürich beeindruckt das Institut der *Einzelinitiative*, die es den einzelnen Stimmberechtigten ermöglicht, das Kantonsparlament mit einem Antrag zu befassen. Die brandenburgische Verfassung kennt ein solches Begehren ans Parlament nur, wenn es mit 20 000 Unterschriften zustande kommt. Ein nächster Teil gilt der *Volksinitiative* und dem *Referendum* auf Bundesebene. Mit 80 000 Unterschriften können auch Brandenburgs Stimmberechtigte ein Volksbegehren zur Abstimmung bringen. Ich verschweige nicht die Schwierigkeiten, denen die direktdemokratischen Institutionen im real existierenden Kapitalismus ausgesetzt sind, auch nicht die Angst der Mächtigen vor dem Volk. Als Beispiel erwähne ich die Fichenaffäre.

Die Runde ist von diesem Schluss betroffen. Als «lichte Insel» habe sie die Schweiz bis jetzt gesehen, meint Erika Remek, die den Abend veranstaltet hat. Der sozialdemokratische Bürgermeister fühlt sich in seiner Meinung bestätigt, dass die direkte Demokratie weniger praktikabel sei als die parlamentarische. Schliesslich sei auch er Mandatsträger mit einem bestimmten Verantwortungsbereich. Ein Volk, das ihm da dreinrede, könne er nicht brauchen. Er sagt es natürlich nicht ganz so deutlich, wie er es meint.

Die Fragen wollen nicht aufhören: Wie ich als Linker überhaupt in einer sozialdemokratischen Partei sein könne? Der dies fragt, hat immerhin schon von Jean Ziegler gehört. Ob denn die SPS eine marxistische Partei sei? Nein, sie halte es mit Kurt Schumachers bekanntem Wort, dass die Mitglieder ebenso von der Bergpredigt oder vom deutschen Idealismus herkommen können wie vom Kommunistischen Manifest. Was zähle, sei die Übereinstimmung in den politischen Zielen. Wie das Behindertenwesen in der Schweiz funktioniere? Ich antworte frei nach Walter M. Diggelmann, das Betteln sei den Behinderten verboten,

dafür bettelten für sie die Verbände. Immerhin habe die Invalidenversicherung den Behinderten zu einem neuen Selbstbewusstsein verholfen. Ob es in der Schweiz eine Boulevardpresse gebe und ob die Kulturschaffenden bei uns eine Rolle spielten? Vielleicht ist die eine Frage von der andern tatsächlich nicht zu trennen. Wie in der Schweiz «die Deutschen» gesehen würden? Nach einigem Zögern zitiere ich Bichsel in der gestrigen NZZ.

Und schon kommt wieder die Frage nach dem Religiösen Sozialismus. Ich sage: «Wäre der Sozialismus am Ende, so wäre es auch das Christentum. Ich kann das eine vom andern nicht trennen. Das echte Christentum will ja nicht weniger als der echte Sozialismus für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eintreten.» So etwas habe er noch nie gehört, meint der Fragesteller. Er strahlt über das ganze Gesicht und meint: «Wenn das so ist, dann kann ich ja auch noch Christ werden.»

Freitag, 9. Oktober

Ich reise, wie gesagt, nicht mit Rezepten durch die Mark Brandenburg. Wenn ich die ganz legale Käuflichkeit von Abstimmungen und Abgeordneten in der Schweiz aufzeige, dann steht dahinter allerdings die Botschaft, dass politische Demokratie ohne ökonomische Demokratie nicht wirklich funktionieren kann. Aber ich fürchte, der Exorzismus des Marktes hat den Menschen hier das Denken in Alternativen ausgetrieben. Da ist es schon eine Wohltat, wenn ich in der heutigen Ausgabe des «Neuen Deutschland» lese, Sozialismus werde es geben, «solange ein Teil der Menschen dank seiner Verfügung über privates oder staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln andere Menschen unterdrückt, ausbeutet, erniedrigt oder ihnen das Menschenrecht auf Selbstbestimmung am Arbeitsplatz verweigert». Es ist ein Zitat aus Arnold Künzlis neuem Buch «Tricolore auf halbmast», das hier besprochen wird.

Noch nicht in der Zeitung steht, dass *Willy Brandt* in der letzten Nacht gestorben ist. Die Sozialdemokratie, deren Vorsitzender und Vordenkender er war, hat im deutschen Vereinigungsprozess kläglich versagt. Die 1989 erschienene Autobiographie «Erinne-

rungen» zeigt, dass auch Willy Brandt die sozialistischen Visionen schon früh abhanden gekommen sind. So bleibt wenigstens die Erinnerung an den aufrechten Antifaschisten und späteren Begründer einer neuen Ostpolitik, ohne die es vermutlich keinen Gorbatschow gegeben hätte. Dass daraus in Deutschland nur Restauration geworden ist und nichts anderes, Besseres, ist nicht Brandts Schuld. Aber warum sagte er nicht wenigstens, dass zum demokratischen Sozialismus anderes, Besseres gehört hätte?

Unterwegs mit der Strassenbahn von meiner Pension zum Stadtzentrum von Potsdam erklärt mir eine ältere Frau die *Umbenennung der Strassen*. Dass an die Stelle der «Lenin-Strasse» die «Zeppelin-Strasse» getreten ist, mag ja noch angehen. Mein Unbehagen steigert sich zu leiser Wut, als ich höre, der «Platz der Nationen» habe einem «Luisen-Platz» weichen müssen. Wenn Völkerfreundschaft kein Thema mehr sein darf, dann ist der Faschismus tatsächlich nicht mehr fern. Wer sich die besten sozialistischen Werte postum vom SED-Regime enteignen lässt, schafft ein Vakuum, in das die rechtsradikalen Ideologien eindringen werden.

Das «*Neue Deutschland*», das ich am «Luisen-Platz» kaufe, wird mir eher unfreundlich übergeben. Oder bin ich schon soweit, mir dies nur einzubilden? Ich ertappe mich dabei, wie ich das Blatt tief in der Tasche versenke. Soll niemand sehen, dass ich in dieser Zeitung noch einen letzten Rest an guter DDR-Identität entdecke, während die übrigen Blätter längst von kapitalkräftigen Verlagen aus der Alt-BRD ferngesteuert werden?

Als nächstes kaufe ich mir ein Rasierwasser. Natürlich nicht in einem der lieblos hingestellten neuen Konsumschuppen, sondern in einem Tante-Emma-Laden, der die Zeiten überdauert hat. Die Verkäuferin zeigt mir zuerst alle möglichen Produkte – aus dem «Westen». Als ich mich nicht gleich zum Kauf entschliessen kann, stellt sie mir ganz verschämt noch ein Eigenprodukt der Marke «Tüff» auf den Tisch. Der «totale Markt» setzt auf raffinierte Verpackung. Er versteht es, den Menschen hier die besten eigenen Erzeugnisse als minderwertig erscheinen zu lassen.

(Fortsetzung folgt im Dezemberheft.)